

Indigene Völker in Brasilien – von der Bevormundung zur Selbstbestimmung

DAN PASCA

10 Figuren im Text

Indigenous Peoples in Brazil: from Tutelage to Self-determination

Abstract: With reference to current activities of indigenous movements in Central and South America, the specific situation of the indigenous movement in Brazil is analysed in this article. The analysis focuses on the changing relations between the state and indigenous peoples with all their territorial, legal, social and institutional implications. The example of the Waiãpi Indians illustrates the current phase of relations. In this phase, the alleged static-traditional societies have long exceeded the local level, and more and more indigenous NGOs function as active public actors in the regional, national and international arena.

Keywords: Brazil, indigenous peoples, governmental Indian policy, indigenous organizations, Waiãpi, international co-operation

Zusammenfassung: Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Dynamik der indigenen Bewegungen in Mittel- und Südamerika werden Gemeinsamkeiten sowie die spezifische brasilianische Problematik herausgearbeitet. Im Mittelpunkt des Artikels steht die Analyse des Wandels der Beziehung Staat – indigene Völker mit seinen territorialen, juristischen, gesellschaftspolitischen und institutionellen Facetten. Das Beispiel der Waiãpi veranschaulicht die aktuelle Phase dieser Beziehung, in der die vermeintlich statisch-traditionellen und unmündigen Gesellschaften sich längst über die lokale Ebene hinaus entwickelt haben und immer mehr indigene NGOs als aktive öffentliche Akteure in regionalen, nationalen und internationalen Arenen agieren.

Schlüsselwörter: Brasilien, indigene Völker, staatliche Indianerpolitik, indigene Organisationen, Waiãpi, Entwicklungszusammenarbeit

1. Das Erwachen der indigenen Völker in Lateinamerika

Gegenwärtig wird die indigene Bevölkerung Lateinamerikas aufgrund von linguistischen Kriterien auf 42 Mio. Personen geschätzt, also auf etwa 10% der Gesamtbevölkerung. Ihr Anteil an der jeweiligen Staatsbevölkerung ist jedoch sehr unterschiedlich (Fig.1). Insgesamt kann eine deutliche Konzentration auf Zentralamerika und den Andenraum festgestellt werden. Hier hat die indigene Bevölkerung eine längere Geschichte des Kontaktes mit der dominierenden Gesellschaft, anders als im amazonischen Tiefland, wo sie z. T. wesentlich isolierter blieb. Jede indigene Gesellschaft hat jedoch eine ganz eigene Geschichte des interethnischen Kontaktes und ist soziokulturell und wirtschaftlich sehr unterschiedlich in den regionalen, nationalen und auch globalen Kontext eingebettet. Gleichzeitig haben die Unterschiede zwischen den einzelnen indigenen Gesellschaften und auch die Eigenständigkeit in Bezug auf die dominierende Gesellschaft trotz einer 500-jährigen Geschichte der Unterdrückung und Zwangsassimilation bis heute in Form von eigenen Sprachen, Kulturen, sozialen Organisationen sowie von spezifischen Rechtsprechungen überlebt. Unabhängig von der Bevölkerungszahl muss also von verschiedenen indige-

nen „Völkern“ gesprochen werden. Die große kulturelle Vielfalt wird durch die etwa 400 verschiedenen Sprachen belegt, die gegenwärtig in „Latein“-Amerika gesprochen werden (Fig.1). Dies stellt jedoch nur einen Bruchteil der ursprünglichen Diversität dar: Anfang des 16. Jh. sollen allein auf dem Gebiet des heutigen Bra-

Fig. 1 Indigene Bevölkerung in einigen Ländern Lateinamerikas Mitte der 1990er Jahre (Quellen: PSACHAROPOULOS & PATRINOS 1994, QUEIXALÓS & RENAULT-LESCURE 2000)

Indigenous population in selected Latin American countries in the 1990s (Sources: PSACHAROPOULOS & PATRINOS 1994, QUEIXALÓS & RENAULT-LESCURE 2000)

Land	Indigene Bevölkerung		Anzahl der Sprachen
	[Mio.]	Anteil an Gesamtbevölkerung [%]	
Argentinien	0,30–0,50	1,50–2,00	23
Bolivien	3,12	60,00	38
Brasilien	0,30	0,20	180
Chile	0,55	4,20	7
Ecuador	3,68	34,50	10
Guatemala	3,90	43,80	26
Mexiko	10,04	11,00	72
Peru	6,80	30,00	43
Venezuela	0,30–0,50	1,50–2,00	28

silien mehr als 1 200 indigene Sprachen existiert haben (QUEIXALÓS & RENAULT-LESCURE 2000).

Weit davon entfernt, nur aussterbende Reliquien ehemaliger Kulturen darzustellen, sind die indigenen Völker Amerikas – von den Inuit in Kanada bis zu den Mapuche in Chile – in den letzten 20 Jahren zu neuen öffentlichen und meist auch politischen Akteuren geworden. Nicht überall rückten sie so in den Vordergrund der politischen Arenen wie in Mexiko oder Ecuador, doch deuten überall die Entwicklungen der letzten Jahre auf einen Wandel hin, der noch vor einiger Zeit undenkbar zu sein schien. Dieser Wandel betrifft die Stellung der indigenen Völker sowohl der restlichen Gesellschaft als auch dem Staat gegenüber und ist auf eine Reihe von sozioökonomischen und politischen Prozessen zurückzuführen.

Einer der wichtigsten Prozesse war der Ausbruch aus der Isolation, in der sich die indigenen Gesellschaften befanden. Die vermehrten Kontakte mit der dominierenden Gesellschaft – teilweise durch Saisonarbeit oder Migration in städtische Zentren – führten zum Aufbau neuer Beziehungen und zur Entstehung neuer Bedürfnisse. Dabei wurden die ihnen in der „weißen“ Gesellschaft zugewiesenen Rollen, Funktionen und Räume aufgebrochen. Die sozioökonomischen Veränderungen beeinflussten jedoch entscheidend das Leben der indigenen Individuen, vor allem, was die kulturellen Aspekte und die Familienbande angeht, und gefährdeten somit die kollektive Kontinuität der Gesellschaften. Die Reaktion auf diesen Wandel ist einer der Hauptgründe für das Aufkommen der ethnischen Bewegungen. Die Bekräftigung der kollektiven Identität sollte die Auflösung der kulturellen und sozialen Gruppe verhindern. Die indigenen Bewegungen lieferten Argumente gegen den Assimilierungsprozess und werteten das „Indigen sein“ auf. Als dann staatliche Akteure – und noch vor ihnen Institutionen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) – begannen, auf die Forderungen dieser Bewegungen einzugehen, entstanden zusätzliche, pragmatische und oft auch utilitaristische Gründe, für die es sich wieder „lohnte“, indigen zu sein. Darauf beruht der Aufschwung der ethnischen Bewegungen: Je stärker sie sich organisieren und je mehr Gehör ihre Forderungen finden, umso mehr Anerkennung und Zulauf bekommen sie von ihrer Basis (LEÓN 2001).

Die verstärkte eigene Mobilisierung sowie die Unterstützung durch nichtindigene nationale und internationale Institutionen beim Einklagen von Rechten verbesserten den Zugang zu den Foren der öffentlichen Debatten und führten zu einer Politisierung der Identität. Am weitesten in diese Richtung sind sicherlich die indigenen Bewegungen in Ecuador und Mexiko gegangen. Der Volksaufstand von 1990 stieß in Ecuador eine tief greifende Debatte an. In der ecuadorianischen Gesellschaft, die sich bis dahin als „weiß“ bezeichnet hatte, entwickelte sich allmählich eine neue Identität: Sie begann sich als Ergebnis einer historischen Entwicklung zu verstehen, derer man sich nicht zu schämen brauchte. In diesem Prozess der Wiederentde-

ckung klagten die indigenen Gesellschaften nicht nur den Status von „Nationalitäten“ ein und damit auch das Recht auf eigene Territorien und Repräsentanten, sondern bauten sogar parallele politische Institutionen auf, die „indigenen Parlamente“, die als Foren für den Entwurf eines neuen Staates fungieren sollten. Der Höhepunkt der indigenen Mobilisierung wurde im Januar des Jahres 2000 erreicht. Auf der Basis einer breiten Allianz mit allen sozialen Bewegungen sowie mit der Militärführung gelang es der indigenen Bewegung, die drei Staatsgewalten abzusetzen, den korrupten Präsidenten JAMIL MAHUAD zu entmachten und für einige Stunden die Macht im Staat zu übernehmen – bis sie von den Militärs verraten wurde, die sich schließlich doch auf die Seite der rechtskonservativen „weißen“ Eliten schlugen (KOWII 2000).

Eine ähnliche Dynamik ist auch in Mexiko festzustellen, vor allem nach dem indigenen Aufstand in Chiapas und der Gründung der Zapatistenguerilla 1994. Seitdem fand eine beeindruckende indigene Mobilisierung in zahlreichen regionalen Versammlungen und nationalen Kongressen statt, bei denen die Forderungen immer deutlichere Konturen annahmen: die Schaffung pluriethnischer Regionalautonomien unter Einschluss von Territorial- und Kollektivrechten sowie Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen (BARTRA 2001). Wie in Ecuador sollten auch hier indigene Märsche auf die Hauptstadt der Forderung nach einer Verfassungsreform Nachdruck verleihen, wie zuletzt im März des Jahres 2001, als die Zapatisten-Karawane Mexiko-Stadt erreichte und die indigenen Vertreter im Nationalkongress auftreten durften. Zwar versagten die Abgeordneten den indigenen Völkern in der späteren Abstimmung die erhofften Autonomierechte, doch konnte die breite Basisbewegung die Forderung nach einem soziokulturellen Pluralismus nachhaltig in den öffentlichen Foren verankern.

Trotz gelegentlicher Rückschläge führten die Erstarbung der indigenen Bewegungen und ihre neue politische Rolle nicht nur zu einer Neugestaltung der Beziehung Staat – indigene Völker. Sie scheinen sogar eine Veränderung der kollektiven Identität in großen Teilen Lateinamerikas herbeizuführen und eine demokratische und pluralistische Dynamik zu entfalten, die sogar nicht-indigene Akteure mit einbezieht.

2. Die indigenen Völker in Brasilien

In Brasilien können ähnliche Prozesse, aber auch deutliche Unterschiede festgestellt werden. So fallen vor allem drei Hauptmerkmale auf, die die gegenwärtige Situation der indigenen Bevölkerung charakterisieren sowie ihr Verhältnis zur brasilianischen Gesellschaft bestimmen:

- die geringe Bevölkerungszahl bzw. der kleine Anteil an der Gesamtbevölkerung (etwa 0,3 % der insgesamt rund 170 Mio. Brasilianer im Jahre 2000),

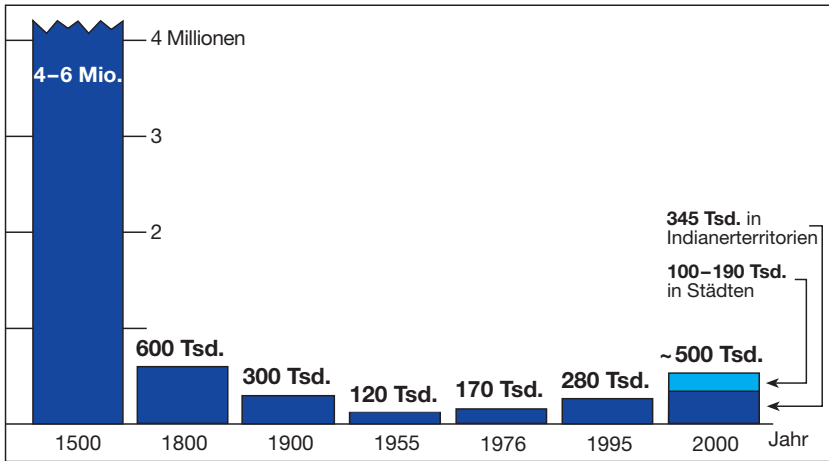


Fig. 2 Entwicklung der indigenen Bevölkerung in Brasilien 1500–2000 (Quellen: MOURA 1996, FUNAI [www.funai.gov.br/])
Development of the indigenous population in Brazil 1500–2000 (Sources: MOURA 1996, FUNAI [www.funai.gov.br/])

Fig. 3 Homogenisierende Ideologien um *Nation* und *Staat* in Brasilien und der Versuch ihrer Entmythologisierung (Quellen: in Anlehnung an LIMA 1995, SOUZA FILHO 2000)
Ideologies around the concept of *nation* and *state* in Brazil (Sources: based on LIMA 1995, SOUZA FILHO 2000)

Ideologien	Elemente der Entmythologisierung
<p>1 Staat = 1 Nation</p> <p>= 1 universelles Rechtssystem</p> <p>Brasilien = homogene soziale Einheit</p> <p>Verschmelzung der Rassen</p> <ul style="list-style-type: none"> Die „guten“ Eigenschaften der Indianer sind auf die Brasilianer übergegangen, die „schlechten“ sind bei den unter sich lebenden zu finden (Rückständigkeit, Faulheit, Alkoholisismus). Die Indianer sind Menschen in einem Übergangsstadium und unfähig, eigene Entscheidungen zu treffen. Ihr Zutritt zur Zivilisation ist nur unter der Vormundschaft staatlicher Organe möglich. 	<p>Staats- und Nationsbildung sind zwei getrennte Prozesse:</p> <ul style="list-style-type: none"> soziale und ethnische Heterogenität, Nationsbildung als komplexe Integration disparitärer sozialer Netzwerke, die nicht zwingend zur Bildung unterschiedlicher Staaten führt, das Rechtssystem, ein Import aus dem individualistischen Europa des 19. Jh., ignoriert die Vielfalt und die gemeinschaftliche Ausrichtung indigener Rechtssysteme. <p>Indigene Gesellschaften sind nicht statisch:</p> <ul style="list-style-type: none"> Entwicklung und ständige Aktualisierung der Strategien im Laufe des Kontaktes. Das Ergebnis ist nicht voraussagbar: Es bilden sich jeweils eigenständige Identitäten. Die nationalstaatliche Chronologie muss durch eine Vielzahl von lokalen/regionalen „Geschichten“ relativiert werden. <p>Komplexe Beziehung zwischen Staat und indigenen Völkern:</p> <ul style="list-style-type: none"> Der Staat ist kein bürokratischer Monolith, eher eine soziale Beziehung zwischen konfligierenden Interessen. Diskrepanz zwischen politischem Diskurs und seiner Umsetzung. <p>Zusammenhang zwischen politischem und symbolischem Handeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> Rolle des Diskurses bestimmter Akteure (wirtschaftliche und militärische Elite, Medien) bei der Prägung des Indianerbildes: rückständig, ein Entwicklungshemmnis, besetzen viel Land, eine Gefahr für die nationale Souveränität etc.

- die große soziokulturelle Diversität (215 Völker mit 180 verschiedenen Sprachen) und
- die dramatische Dezimierung der indigenen Bevölkerung während der letzten 500 Jahre.

Gegenwärtig beträgt die indigene Bevölkerung rund 500 000 Personen, von denen laut Schätzungen der Indianerschutzbehörde 345 000 in Indianerterritorien und 100 000 bis 190 000 in Städten leben (Fig. 2). Darüber hinaus gibt es Hinweise auf die Existenz von ca. 53 indigenen Gruppen, die noch nie Kontakt zur brasilianischen Gesellschaft hatten. Die heutige indigene Bevölkerung stellt somit nur einen Bruchteil der ursprünglich auf dem brasilianischen Territorium lebenden Völker dar. Die Tatsache, dass diese Gesellschaften dennoch überlebt haben, zeugt von ihrem Willen, sich der Unterdrückung und der ihnen auferzwungenen Assimilierung zu widersetzen. Je geringer ihre Zahl jedoch wurde, umso geringer war die Beachtung, die man ihnen im öffentlichen Leben schenkte. Dieser Teufelskreis ist eine Folge der rasanten physischen Vernichtung und der zunehmenden räumlichen Verdrängung der indigenen Völker bis in die letzten Jahrzehnte des 20. Jh. hinein. So erklärt sich auch, dass die indigenen Völker bis zur zivilgesellschaftlichen Mobilisierung, die zur Beendigung der Militärdiktatur führte und die Debatten im Rahmen der verfassunggebenden Versammlung entscheidend beeinflusste, kaum politisches Gewicht innerhalb der Parteien und der staatlichen Machtkonstellationen hatten (SOUZA FILHO 1999). Ein weiterer wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang war das von der nationalstaatlichen Ideologie propagierte Indianerbild.

2.1. „Der Indianer“ im Nationalstaat

Ausgangspunkt vieler Vorurteile und damit auch der meisten Konflikte zwischen den indigenen Völkern und der dominierenden brasilianischen Gesellschaft ist ein tief greifender

ideologischer Kampf um Begriffe und Symbole im Zusammenhang mit der Nationalstaatidee. Die diesbezüglich von der politisch-administrativen Elite propagierte Homogenisierung der Gesellschaft sowie die einzelnen Argumentationsstränge ihrer Kritiker werden in Figur 3 zusammengefasst.

In diesem ideologischen Setting kamen die indigenen Völker kaum als eigenständige, konkrete historische Akteure vor. Sie erschienen vielmehr als passive Träger bestimmter folkloristischer Züge, die das vermeintlich Spezifische an Brasilien ausmachten (LIMA 1995). Dieses Indianerbild wurde besonders durch die Indianismusströmung der brasilianischen Romantik geprägt, die der bis dahin vorherrschenden Figur des ignoranten, von irrationalen Vorstellungen geleiteten und brutalen Indianers das verklärte Bild des edlen und sanftmütigen Wilden gegenüberstellte. Beide Gegenpole prägen bis heute die auf die indigene Bevölkerung projizierten Eigenschaften und sind, da sie beide einem essentialistischen Indianerbegriff entsprechen, der in der Zuschreibung fester Wesensmerkmale wurzelt, für die ahistorische Sichtweise verantwortlich. Ähnliche Motive können auch in der semantischen Besetzung bestimmter Schlüsselbegriffe erkannt werden. So wird fast ausschließlich von der „Entdeckung“ Brasiliens gesprochen, wodurch bis heute die vielen Eroberungskriege und ihre Millionen von Opfern verschleiert werden. Die staatlichen Institutionen setzten ihre Definitionsmacht auch in anderen Bereichen durch: Unterschiedliche Völker wurden zum „Indianer“ zusammengefasst und ihre über 180 Sprachen zu „Dialekten“ oder „Ausdrucksweisen“ reduziert.

2.2. Rechtliche und institutionelle Aspekte

Dieses „Indianer“-Bild bestimmte die Beziehung zwischen den indigenen Völkern und dem brasilianischen Staat bis in die 1970er Jahre hinein. Die Akteure des evolutionistisch und positivistisch geprägten Nationalstaates waren unfähig zu erkennen, dass die indigenen Gesellschaften nicht unmündig und unverantwortlich, sondern kulturell anders waren. Dies entsprach einer bewussten Geringschätzung der indigenen sozialen Organisationsmuster und ihrer differenzierten Rechtssysteme. Diese wurden ignoriert und stattdessen ein juristisches System importiert, das der europäischen bürgerlichen Rechtsphilosophie des 19. Jh. entsprach, in der Privatbesitz eine zentrale Rolle einnahm und die keine Instanz zwischen dem Bürger und dem Staat duldet. Somit blieb kein Platz für Kollektivrechte und gemeinschaftlich orientierte Rechtsprechungen: Jedes juristische Problem wurde entweder durch das Privatrecht oder aber durch das öffentliche Recht geregelt. Es kann also mit dem brasilianischen Juristen CARLOS MARÉS DE SOUZA FILHO (1999) von einer Substitution der Vielfalt indigener rechtlicher Institutionen durch ein vermeintlich einheitliches und universell geltendes Rechtssystem gesprochen werden.

Gleichzeitig wurde im Sinne eines evolutionistischen Fortschritts eine weitere Substitution vorangetrieben: Die indigenen Gesellschaften sollten sich als Ganzes durch Assimilation und Integration in die brasilianische Gesellschaft auflösen. Solange dies jedoch nicht geschehen war, konnten die *silvícolas* (sinngemäß: „Hinterwäldler“) auch von dem „weißen“ Recht nicht ganz ignoriert werden. So wurden sie im brasilianischen Bürgerlichen Gesetzbuch (*Código Civil*) von 1916 zusammen mit den 16- bis 21-Jährigen und den „Sonderlingen“ als „relativ unmündig“ in Bezug auf die Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten erklärt. Bis zu ihrer Integration in die „Zivilisation des Landes“ sollte daher der Staat ihre Vormundschaft übernehmen. Dies entsprach der Logik der „Vergänglichkeit“ der indigenen Identität: Das Überleben ganzer Gesellschaften oder Völker mit ihren eigenen Institutionen war nicht vorgesehen.

So wurde die 1910 eingerichtete Indianerbehörde bezeichnenderweise „Dienst für Indianerschutz und Lokalisierung nationaler Arbeitskräfte“ (SPILT) genannt und hatte einen militärischen Pioniercharakter. Aufgeklärte Regierungskreise erkannten zwar die Bedrohung der indigenen Bevölkerung und setzten sich für ihren Schutz und die Einrichtung von Indianerreservaten ein. Gleichzeitig aber waren sie von der Notwendigkeit der Entwicklung und Erziehung der Indianer zu besseren Menschen überzeugt. Die Reservate sollten in diesem Sinne gewissermaßen als Übergangsräume fungieren.

Sowohl die neue Indianerschutzbehörde FUNAI (*Fundação Nacional do Índio*) als auch das Indianerstatut (*Estatuto do Índio*), die 1967 bzw. 1973 im Rahmen der von der Militärdiktatur konzipierten Entwicklungspolitik für Amazonien entstanden sind, folgten dieser Logik. Da die „primitiven“ Indianer dem Modernisierungsprojekt der Militärs buchstäblich im Wege standen, sollten sie von der FUNAI kontaktiert, befriedet, sesshaft gemacht und in die „zivilisierte“ Gesellschaft integriert werden. Die einfache Idee, die dahinter stand, war, dass sie mit der Aufgabe ihrer Identität auch ihre Territorien aufgeben würden, die dann „in Wert gesetzt“ werden könnten.

Für die indigenen Gesellschaften kam diese Strategie der Erschließung und Besiedlung Amazoniens, die Anfang der 1970er Jahre unter dem Motto „Land ohne Menschen für Menschen ohne Land“ einsetzte, einem Großangriff auf ihre Überlebensräume gleich. Die Bergbauprojekte, der Bau von Staudämmen und vor allem der Ausbau von Fernstraßen, die immer mehr Siedlern, Holzhändlern und Goldgräbern den Zugang nach Amazonien ermöglichten, führten zu verheerenden Epidemien, gewaltträchtigen Konflikten und schließlich zur Verdrängung der Überlebenden in bereits existierende Reservate (PASCA 1998).

Figur 4 zeigt am Beispiel des Bundesstaats Mato Grosso die Verlegungen ganzer Völker – oder dessen, was von ihnen übriggeblieben war –, im Kontext der Besiedlungs- und Straßenbauprojekte der 1970er Jahre. Andererseits fällt die neue territoriale Dynamik ab Mitte der 1990er Jahre auf. Wie lässt sich der sachliche Zu-

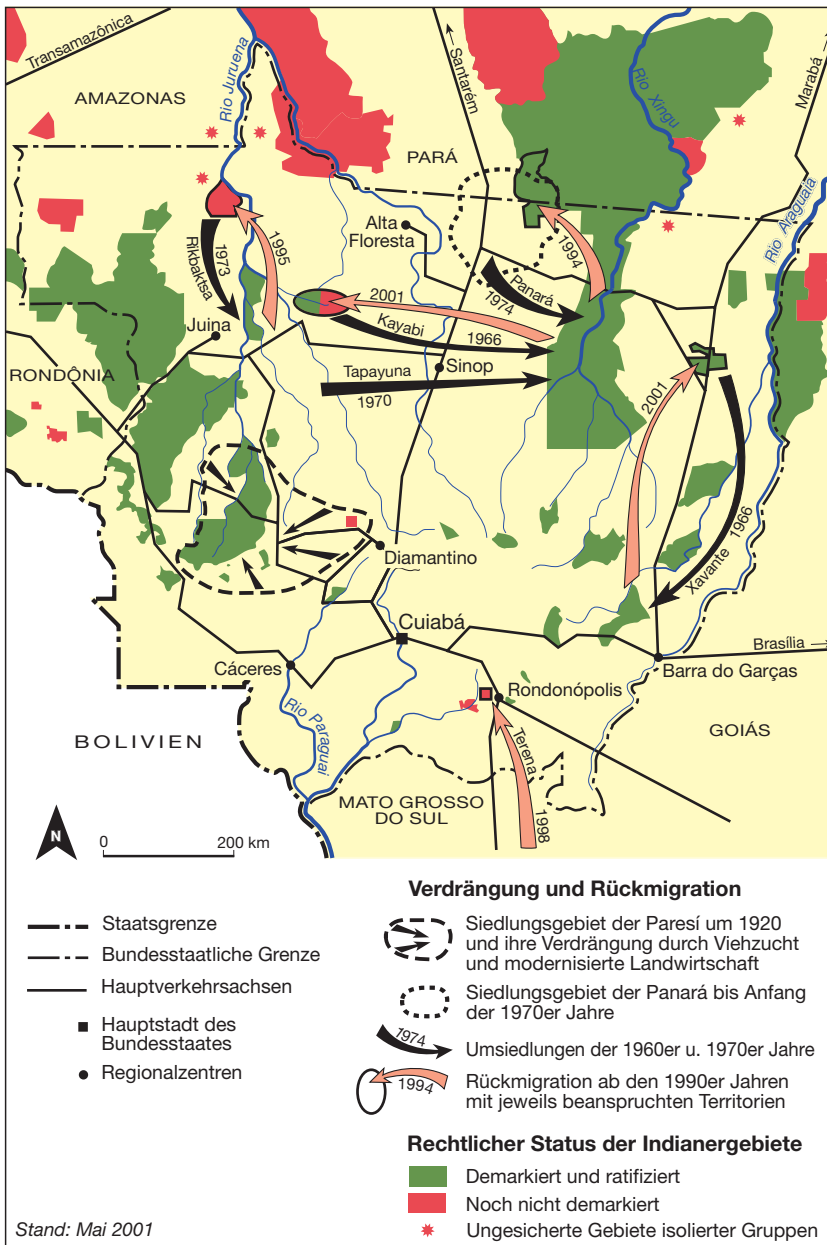


Fig. 4 Verdrängung und „Rückkehr“ der indigenen Völker in Mato Grosso (Quellen: eigene Erhebungen, Archivo OPAN, RICARDO 2000)
 Displacement and „return“ of indigenous peoples in Mato Grosso (Sources: data collected by the author, Archivo OPAN, RICARDO 2000)

sammenhang zwischen diesen beiden Szenarien herstellen?

Entgegen den Erwartungen waren die indigenen Völker nicht verschwunden. Im Gegenteil: Sie versuchen, wie in der Karte aus den jüngsten Migrationen ersichtlich ist, ihre ehemaligen Territorien wieder in Besitz zu nehmen (Fig. 4). Diese aktuellen Tendenzen wurden durch die veränderte brasilianische Indianerpolitik ermöglicht. Die neue Verfassung von 1988, die zum ersten Mal von Zwangsintegration und Assimilation Abstand nahm, erkannte die soziokulturelle Vielfalt sowie das Recht der indigenen Gesellschaften, nach überliefertem Gewohnheitsrecht und Traditionen zu leben und zu wirtschaften sowie über ihre eigene Entwicklung zu

bestimmen, an. Das Ende der ungleichen Beziehung zwischen den indigenen Völkern und dem brasilianischen Staat bzw. der dominierenden Gesellschaft schien nahe zu sein. Jedoch geriet die anfängliche Dynamik des demokratischen Prozesses immer wieder ins Stocken. So ist die gesetzliche Regelung der fortschrittlichen Verfassung bis heute nicht abgeschlossen. Zwar wurde 2001 das Bürgerliche Gesetzbuch endlich der neuen Rechtslage angepasst, die Verabschiedung eines neuen „Statuts der Indigenen Völker“ konnte jedoch bisher von den Gegnern der indigenen Bewegung verhindert werden. Dabei geht es nur vordergründig um eine Begriffsdebatte um „Völker“, „Nationen“ oder „Gesellschaften“. Der entscheidende Punkt ist das Ausmaß an Selbstbestimmung, das den indigenen Völkern zugestanden werden soll, insbesondere in Bezug auf die Ausbeutung des Untergrundes.

Einige Sachverhalte sind zwar in der neuen Verfassung eindeutig geregelt: Die Indianerterritorien sind alle Bundes Eigentum des brasilianischen Staates, wobei die indigenen Gesellschaften ein zeitlich unbegrenztes, exklusives Nutzungsrecht nach ihren Sitten und Gebräuchen haben. In Ermangelung einer eindeutigen Rechtslage sind andere Aspekte jedoch weniger klar: Können Sitten und Gebräuche sich ändern? Dürfen somit die indigenen Gesellschaften neue Strategien der Ressourcennutzung einführen und z. B. Holz, mineralische oder biogenetische Ressourcen vermarkten? Wenn ihnen dies nicht gestattet ist, welche Einflussmöglichkeiten haben sie auf die Nutzung dieser Ressourcen durch Dritte, und wie werden sie an den Gewinnen beteiligt?

2.3. Territoriale Aspekte

Einen wichtigen Fortschritt in der neuen Verfassung stellte die Anerkennung eines originären Rechtes auf die angestammten Gebiete dar, unabhängig von der aktuellen Eigentumsfrage. Der FUNAI obliegt es, auf der Grundlage von ethnologischen Gutachten die Kontinuität der historischen Besiedlung bzw. Nutzung festzustellen und in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium die Grenzen des Gebietes festzulegen sowie

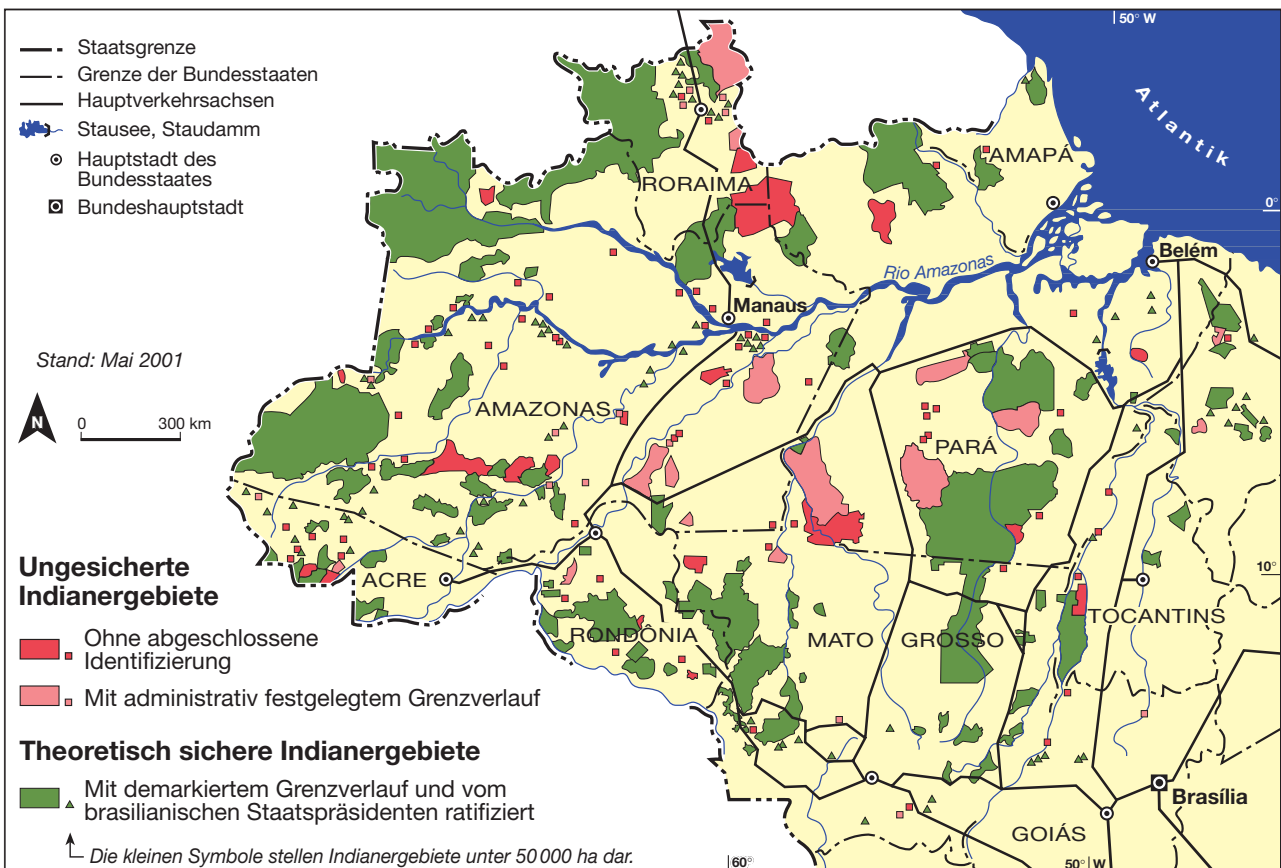


Indianergebiete Status	Anzahl	Anteil [%]	Fläche [Mio. ha]
Endgültig anerkannt und vom Staatspräsidenten ratifiziert	358	61,7	85,1
Zum ständigen Besitz erklärt (noch kein demarkierter Grenzverlauf)	67	11,6	12,3
Noch zu identifizieren (Fläche noch nicht festgelegt)	155	26,7	~7,0

Fig. 6 Anerkennungsstadium der 580 Terras Indígenas in Brasilien, Stand: Mai 2001 (Quelle: Instituto Socioambiental [www.socioambiental.org/website/noticias/indios/20010405.html])
 Stage of legal recognition of the 580 Terras Indígenas in Brazil, May 2001 (Source: Instituto Socioambiental [www.socioambiental.org/website/noticias/indios/20010405.html])

Fig. 5 JOÃO TITI AZONAZOKAÉ, Häuptling im Indianergebiet Rio Formoso in Mato Grosso, hat neben einem Grenzstein ein Schild der Indianerschutzbehörde aufgestellt: „Verbotenes Gebiet, Indianerterritorium: Zutritt verboten für fremde Personen!“ (Foto: PASCA 1997)
 Chief JOÃO TITI AZONAZOKAÉ and a recently put up sign next to the demarcation stone of the Rio Formoso Reservation reading “Off limits to unauthorized persons. Indian territory!” (PHOTO: Pasca 1997)

Fig. 7 Indianergebiete in Amazonien: Anerkennungsstadium und relative Sicherheit (Quellen: Instituto Socioambiental [www.socioambiental.org], FUNAI/PPTAL [www.funai.gov.br/pptal])
 Indigenous reservations in Amazonia: stage of legal recognition (Sources: Instituto Socioambiental [www.socioambiental.org], FUNAI/PPTAL [www.funai.gov.br/pptal])



durch Grenzsteine zu markieren (Fig. 5). Schließlich muss die Anerkennung der entsprechenden *Terra Indígena* durch den Staatspräsidenten ratifiziert werden.

Auch hier bremste die Praxis den Elan des Gesetzes ab, so dass in der vorgegebenen 5-Jahres-Frist nur ein Bruchteil der Indianergebiete demarkiert werden konnte. Interessenkonflikte mit mächtigen regionalen Akteuren und insbesondere die Unterfinanzierung der FUNAI ließen an der Entschlossenheit des Staates zweifeln, dieses Problem ernsthaft lösen zu wollen.

Erst ab Mitte der 1990er Jahre kam der Demarkierungsprozess aufgrund des wachsenden Drucks seitens indigener Organisationen sowie nationaler und internationaler Unterstützungsgruppen wieder in Gang. Entscheidend war dabei die Finanzierung im Rahmen der internationalen EZ. So konnte das innerhalb der FUNAI angesiedelte und größtenteils mit deutschen Mitteln finanzierte „Integrierte Projekt zum Schutz der Indianischen Bevölkerung und ihrer Gebiete in Amazonien“ (PPTAL) in den letzten Jahren die Demarkierungsarbeiten in über 120 Gebieten aufnehmen und in einer ganzen Reihe von Fällen bereits abschließen. Sollte dieser Prozess die aktuelle Dynamik beibehalten, so ist ein Ende der Phase abzusehen, in der die territoriale Sicherung als Hauptziel galt (Fig. 6 und 7).

Die Tatsache, dass ca. 80% der Indianergebiete von Invasionen und Konflikten mit anderen Akteuren (Holzfäller, Goldgräber, Agrarunternehmer, Kleinbauern, Bioprospektoren der Pharmaindustrie) betroffen sind, macht allerdings deutlich, dass die rechtliche Anerkennung allein für eine effektive Sicherung der Territorien und Ressourcen nicht ausreicht (PASCA 2000). In der neuen, bereits angelaufenen Phase stehen daher die Strategien zur Sicherung der indigenen sozioökonomischen Autonomie im Vordergrund. Dabei fällt eine wesentlich aktivere Rolle der indigenen Akteure auf verschiedenen Ebenen auf. Diese soll im Folgenden näher betrachtet werden.

3. Von Statisten zu anerkannten Akteuren

3.1. Indigene NGOs und der neue „Projektmarkt“

Bereits in den 1980er Jahren machten sich „die Indianer“ in der nationalen politischen Arena bemerkbar. Einige medienwirksame Auftritte, die weite Kreise der brasilianischen Gesellschaft erreichten, haben bis heute ihre Symbolkraft nicht verloren: etwa der erste indigene Bundesabgeordnete MÁRIO JURUNA, ein Xavante-Häuptling, der mit seinem legendären Aufnahmegerät die Versprechungen der brasilianischen Politiker festhielt, um sie später an ihren Taten zu messen, oder die von TUÍRA, einer Kayapó-Indianerin, an die Wange des Vertreters der staatlichen Energiebehörde gedrückte Machete als Warnung vor dem Bau von Staudämmen am Xingu (RICARDO 1996, S. 90).

Die Aussicht auf das Ende der Militärdiktatur und die Verhandlungen im Vorfeld der neuen Verfassung gaben der indigenen Bewegung neue Impulse. Dabei standen

die Bekräftigung der Identität, territoriale Ansprüche und die Einforderung staatlicher Fürsorgepflicht im Vordergrund. Während der Staat als Kontrahent fungierte, wurde eine breite Allianz mit nichtindigenen Unterstützerorganisationen, Abgeordneten verschiedener Parteien sowie mit Berufsverbänden geschmiedet. Die Mittlerrolle dieser Akteure bei der überlokalen Vertretung indigener Interessen darf während dieser Phase nicht unterschätzt werden. Vor allem dem Indianermissionsrat (CIMI) der brasilianischen Bischofskonferenz kam dabei eine wichtige Rolle zu. Ohne die bereits in den 1970er Jahren von ihm angeregten regionalen Versammlungen der indigenen Anführer und ohne seine finanzielle und logistische Unterstützung hätten die auf dem gesamten Staatsgebiet verstreuten Völker und ihre Vertreter nie zusammenkommen, geschweige denn ihre Interessen in Brasília vortragen können.

Im letzten Jahrzehnt kann jedoch eine neue Dynamik der indigenen Bewegungen festgestellt werden. Zwischen 1988 und 2000 ist die Anzahl der indigenen NGOs allein im brasilianischen Amazonien von 8 auf über 250 gestiegen (RICARDO 1996, ALBERT 2000). Dieser beeindruckende Anstieg ist auf das Zusammenwirken verschiedener soziopolitischer Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene zurückzuführen:

- Im nationalen Kontext spielte die Verabschiedung der Verfassung von 1988, die in Artikel 232 zivilgesellschaftlichen Organisationen den Status von juristischen Personen zuerkannte, eine Hauptrolle. Gleichzeitig zog sich der Staat immer mehr aus der direkten Verwaltung der verschiedenen indigenen Belange zurück und konzentrierte sich auf territoriale Angelegenheiten. Die Indianerschutzbehörde FUNAI wurde dabei nach und nach politisch und finanziell geschwächt.
- Auf internationaler Ebene spielte die Diskussion um Fragen der Umwelt sowie der Rechte von Minderheiten eine entscheidende Rolle. Die Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 markierte in diesem Zusammenhang zwei wichtige Wendepunkte: die verstärkte Zusammenarbeit zwischen umwelt- und sozial orientierten NGOs sowie die Dezentralisierung der EZ, die verstärkt zivilgesellschaftliche Akteure auf lokaler Ebene berücksichtigte.

BRUCE ALBERT (2000) identifiziert den so genannten „Projektmarkt“ als den entscheidenden Motor für den aktuellen Boom der indigenen NGOs. Vor dem juristischen Hintergrund einer fortschrittlichen Verfassung hat die bi- und multilaterale EZ zusammen mit international agierenden NGOs beträchtliche finanzielle Mittel für Projekte zur Verfügung gestellt (Fig. 8). Die brasilianische öffentliche Hand folgte diesem Trend und übertrug dem zivilgesellschaftlichen Sektor immer mehr Aufgaben und finanzielle Zuwendungen. Als Reaktion darauf kann ein Wandel der indigenen Bewegung festgestellt werden: Aus einer ethnopolitischen Bewegung ist

eine zielorientierte ethnische Bewegung entstanden. Dabei übernehmen formalisierte Vereinigungen – mit Organisationsstatuten, Bankkonto und notarieller Eintragung – immer mehr Funktionen, die der Staat nicht mehr direkt ausübt. So kann in den letzten Jahren einerseits eine Übertragung der Zuständigkeiten für Bildung und Gesundheit auf die lokale Ebene – Municipien und Bundesstaaten – festgestellt werden, andererseits die – jedoch nicht unumstrittene – Auslagerung von Projekten zur Sicherung der ökonomischen Eigenständigkeit und Nachhaltigkeit indigener Gesellschaften auf die internationale Ebene der bi- und multilateralen EZ sowie der transnationalen NGOs.

Diese neue Situation erforderte eine Anpassung der indigenen Repräsentation in Form einer Differenzierung zwischen Außen- und Innenpolitik. Die internen traditionellen Organisationsformen hatten überlebt, und dies trotz der massiven Versuche seitens des Staates oder kirchlicher Missionen, einzelne Indianer zu kooptieren und diese als „Hauptmann“ oder „zivilisierten Pastor“ zu Gesprächspartnern aufzubauen. Während also auf lokaler Ebene die traditionellen politischen Institutionen der einzelnen Gemeinschaften und Völker immer noch für die Regulation der externen Einflussfaktoren zuständig waren, stellte die Gründung neuer indigener Organisationen den Versuch dar, durch die Inkorporation von Mechanismen der repräsentativen Demokratie eine eigene politische Vertretung aufzubauen. Diese sollte in der Lage sein, mit den öffentlichen und privaten Institutionen der dominierenden Gesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu verhandeln.

Der Wechsel von einer konfliktorientierten Bewegung, die von eher informellen ethnopolitischen Organisationen getragen wurde und deren Gegenüber der Staat war, zur Institutionalisierung einer Vielfalt von Organisationen, die diverse sozioökonomische Funktionen übernehmen und deren Gegenüber internationale Geldgeber sind, hat eine Reihe von Veränderungen mit sich gebracht (in Anlehnung an ALBERT 2000):

- Zunächst veränderten sich die Hauptakteure: An die Stelle der Ältestenräte traten vermehrt junge Führungspersonlichkeiten, die zunehmend über Kenntnisse in Organisationsverwaltung und Projektmanagement verfügen.
- Damit verändert sich allmählich auch der Diskurs: Die traditionellen Reden charismatischer Stammes-



Fig. 8 Der Kayapó-Häuptling RAONI trifft auf seiner Europatour mit dem französischen Staatspräsidenten CHIRAC zusammen: internationale Anerkennung und Finanzierung indigener Projekte (Foto: Reuters)
 Kayapó-Chief RAONI meets president CHIRAC: international recognition and support of indigenous projects (Photo: Reuters)

ältester weichen einem routinierten ethnischen Diskurs, der die internationale Rhetorik der „nachhaltigen Entwicklung“ inkorporiert.

- Schließlich verändern sich die Funktionen der indigenen NGOs: Sie übernehmen eine immer aktivere Rolle in Projekten zur Demarkierung und Sicherung ihrer Territorien, im Management von kulturellen, Bildungs- und Gesundheitsprojekten sowie von diversen marktorientierten Projekten (Kunsth Handwerk, Waldprodukte etc.).

Damit erfahren sie eine immer größere Anerkennung als wichtige Akteure im Regionalentwicklungsprozess, besonders in Bezug auf seine soziale und ökologische Dimension. Diese zunehmende Legitimation drückt sich z.B. in der Teilnahme an direkten Verhandlungen mit öffentlichen und privaten Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene aus. Somit stehen gegenwärtig die indigenen Gesellschaften nach dem Rückzug des Staates vor neuen Herausforderungen. Neben den alten Kampf für die Sicherung ihrer Territorien ist ein neuartiger Kampf getreten, der um die Aufrechterhaltung eines komplexen nationalen und internationalen Netzwerks, das auch weiterhin die Finanzierung an die lokale indigene Lebenswelt angepasster Programme ermöglichen soll. Dabei geht es um nichts weniger als um den Entwurf eines ökologisch und wirtschaftlich effizienten Managementmodells für die natürlichen Res-



Fig. 9 Die Waiãpi haben sich im Gemeinschaftshaus versammelt, um mit einer deutsch-brasilianischen Delegation über die Unterstützung ihrer Projekte zu verhandeln (Foto: PASCA 1997).

Waiãpi representatives negotiating with a German-Brazilian delegation for support of their projects (Photo: PASCA 1997).

sourcen der indigenen Territorien. Im Zentrum der neuen Strategien zur Sicherung der sozialen und kulturellen Eigenständigkeit der indigenen Gesellschaften steht folglich die Aushandlung von vielfältigen Partnerschaften vor dem Hintergrund einer ständigen Verknüpfung zwischen der regionalen, nationalen und globalen Ebene. Das Beispiel der Waiãpi verdeutlicht diese Situation.

3.2. Die Waiãpi im komplexen Akteursgeflecht

Die Waiãpi, die heute im nordostamazonischen Bundesstaat Amapá leben, haben in den letzten 30 Jahren den Weg aus der völligen Isolation in das oben beschriebene Akteursgeflecht zurückgelegt. Die folgenden Streiflichter sollen diesen Prozess in Kürze dokumentieren und die Bewältigungsstrategien der Waiãpi analysieren. Abschließend wird die aktuelle Akteurskonstellation im Konfliktfeld zwischen Bergbau und indigenen Interessen näher betrachtet (Fig. 10).

Anfang der 1970er Jahre rückten Goldgräber (*garimpeiros*) und Straßenbauarbeiter in das Stammesgebiet der Waiãpi vor: Masern- und Grippeepidemien dezimierten in den darauf folgenden Jahren die Indianer. 1973 wurden sie schließlich von Mitarbeitern der FUNAI kontaktiert. Seit dieser Zeit untersucht eine Ethnologin die Waiãpi. Ende der 1970er Jahre gründete sie zusam-

men mit anderen Kollegen in São Paulo den *Centro de Trabalho Indigenista* (CTI), eine der ersten nichtindigenen Unterstützer-NGOs. Seitdem bereitet der CTI die Waiãpi auf den Kontakt mit der sie umgebenden brasilianischen Gesellschaft vor. Dabei steht der Wunsch der Waiãpi im Vordergrund, ihre soziokulturelle und ökonomische Eigenständigkeit zu erhalten und gleichzeitig neue Kenntnisse und Fertigkeiten zu erlernen, die diesem Ziel dienen könnten. 1994 gründeten die indigenen Gemeinschaften den Rat der Waiãpi-Dörfer (APINA), eine indigene NGO, die sich zunächst dem Kampf für die Demarkierung ihres Territoriums widmen sollte. Bis zur endgültigen Anerkennung der *Terra Indígena Waiãpi* 1997 kam es zu schweren Konflikten mit den *Garimpeiros*, die schließlich aus dem Indianerterritorium ausgewiesen wurden (PASCA 1997).

Das traditionelle Landnutzungssystem der Waiãpi ist durch eine langfristige Planung gekennzeichnet, an der die Mitglieder aller lokalen Gruppen beteiligt sind, und die auf einer periodischen Umsiedlung der Dörfer in wildreiche Gebiete beruht. Diese Nutzungsform wurde durch die Invasionen der Goldgräber massiv gestört. Die Notwendigkeit, die invadierten Gebiete von Zeit zu Zeit zu kontrollieren, führte die Waiãpi zu einer allmählichen Umkehrung der räumlichen Konzentration und Sesshaftigkeit, die ihnen in den 1970er Jahren von Missionaren der evangelikalen nordamerikanischen *New*

ziehungsprozess beteiligt worden. Die hier gemachten Erfahrungen in der partizipativen Demarkierung konnten inzwischen in vielen anderen Fällen angewandt und weiterentwickelt werden (KASBURG & GRAMKOW 1999).

Die abgeschlossene Demarkierung hielt jedoch einflussreiche Politiker, die als regionale Goldgräberelite identifiziert werden können, nicht davon ab, sämtliche Aktivitäten indianerfreundlicher Kreise zu torpedieren. Im Gegenteil, der Versuch der Waiãpi, im kleinen Maßstab selbst von dem Gold auf ihrem Gebiet zu profitieren und damit ihre ökonomischen Selbständigkeit weiter zu festigen, erzürnte ihre Gegner noch mehr.

Ein Blick auf die in Figur 10 dargestellten Akteure und ihre Interessenverflechtungen macht deutlich, wie komplex sich die Situation inzwischen gestaltet. Es fällt auf, dass homogene Akteursgruppen eher selten sind. So spaltet sich der Staat bei einer näheren Betrachtung in unterschiedliche Einzelakteure mit konfligierenden Interessen auf: Eine progressive Landesregierung steht einzelnen – aber durchaus mächtigen – Bundesabgeordneten sowie sämtlichen regionalen Niederlassungen der Bundesbehörden, die deutliche Verstrickungen mit partikulären Bergbauinteressen aufweisen, gegenüber.

Einerseits erkennt also die sozial und ökologisch engagierte Landesregierung die Chance, die der internationale Nachhaltigkeitsdiskurs bietet, und baut Kooperationen auf verschiedenen Maßstabsebenen mit indigenen Organisationen, NGOs und internationalen Akteuren der EZ auf. Andererseits benutzen die in öffentlichen Ämtern stehenden Vertreter der Goldgräberelite die aktiven und vor allem die arbeitslosen Garimpeiros als politische Manövriermasse. Die evangelikalen Bibel-Aktivisten der *New Tribes Mission* destrukturen die traditionelle religiöse und sozioökonomische Organisation der Waiãpi und versuchen gleichzeitig, die Indianer den Bergbauinteressen gegenüber milde zu stimmen. Dabei werden durch die Kooptierung einzelner Indianer ernste Konflikte innerhalb der Waiãpigesellschaft geschürt.

Ende der 1990er Jahre erreichte dieser Interessenkonflikt die nationale politische Ebene: Eine parlamentarische Untersuchungskommission wurde zur Beleuchtung der Aktivitäten der Indianerschutzbehörde im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit nationalen NGOs sowie mit internationalen Akteuren eingerichtet. Konservative Parlamentarier hatten die Unterstützerorganisation CTI und besonders die Ethnologin, die seit fast 30 Jahren die Waiãpi begleitet, im Visier. Kommissionsleiter war ein Bundesabgeordneter aus Amapá – einer der einflussreichsten Vertreter der Goldgräberelite.

4. Ausblick

Die indigenen Gesellschaften wollen als Völker anerkannt werden, mit einer eigenen Geschichte, Sprache und Kultur und nicht als Rest einer Zivilisation vergangener Zeiten, die in den Augen der Neo-Brasilianer fast schon ausgestorben ist. Das war auch die wichtigste Forderung der indigenen Delegierten aus Brasilien auf

der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban im September 2001. Fragen der Selbstdefinition und des rechtlichen Status spielten dabei eine zentrale Rolle:

„Wir müssen als indigene Völker wahrgenommen werden, denn als solche identifizieren wir uns. [...] Wir möchten nicht als Nationen anerkannt werden. Die Amerikaner haben die indigenen Territorien in Nationen umgewandelt, aber gleich darauf diesen den Krieg erklärt. Den haben sie gewonnen und ihnen alles weggenommen. [...] Ich mag es, Brasilianerin zu sein und möchte es auch weiterhin bleiben, ohne ein autonomes Territorium. Aber ich möchte, dass die Rechte meines Volkes respektiert werden“ (AZELENE KAINGANG, brasilianische Delegierte in Durban, in: O Estado de São Paulo, 3. September 2001; Übersetzung des Verfassers).

Dabei wird deutlich, dass die Forderungen der indigenen Völker Brasiliens weit hinter denen ihrer Mitstreiter aus Ecuador oder Mexiko stehen. Der oben dargestellte Wandel von der politischen Ethnizität zur pragmatischen, ergebnisorientierten Ethnizität hat in Brasilien zu einer zunehmenden Verknüpfung der lokalen Lebenswelt mit der nationalen und globalen Ebene geführt und den indigenen Gesellschaften den Zugang zu vielfältigen Finanzierungsquellen und technischen Ressourcen, aber auch zu Akteuren und Entscheidungsträgern, die bis zur Weltbank reichen, ermöglicht. Die Herausforderung besteht jetzt in der Vermeidung neuer Abhängigkeiten, d.h. neuer Mechanismen klientelistischer Unterordnung (ALBERT 2000). Dabei bezieht sich der zu vermeidende Klientelismus sowohl auf die Beziehungen zwischen Geldgeberorganisationen und indigenen NGOs als auch zwischen diesen und der indigenen Basis.

Insgesamt zeichnet sich das Gegenteil der in den letzten Jahrzehnten postulierten Entwicklung ab: Es sind nicht die indigenen Völker Brasiliens, die allmählich assimiliert werden und als solche verschwinden, sondern ihr Vormund, die Indianerschutzbehörde FUNAI, die nur noch aus Gründen institutioneller Trägheit fortzubestehen scheint. Eine Reform dieser Behörde steht noch ebenso aus wie die Verabschiedung des neuen Statutes der indigenen Völker. Der Rückzug des Staates hat allerdings nicht nur positive Auswirkungen gehabt. So traten beispielsweise nach der Auslagerung der Gesundheitsversorgung der indigenen Bevölkerung an die Krankenhäuser der Munizipien gravierende Probleme auf, da das Personal nicht ausgebildet war, um angemessen mit dem neuen Patientenkreis umzugehen.

Das Beispiel der Waiãpi zeigt, dass sich für Gesellschaften, die auf die langjährige Begleitung durch kompetente Unterstützer-NGOs zählen können und die selbst einen hohen Organisationsgrad erreicht haben, in den neuen komplexen Szenarien durchaus auch neue Chancen zur Sicherung ihrer Autonomie eröffnen, auch wenn Konflikte mit anderen Akteuren nicht auszuschließen sind. Es bleibt zu fragen, welche Chancen andere Völker haben, die weniger gut auf eine Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Akteuren mit konfligierenden Interessen vorbereitet sind.

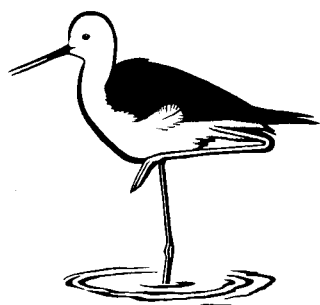
Literatur

- ALBERT, B. (2000): Associações indígenas e desenvolvimento sustentável na Amazônia brasileira. In: RICARDO, C. A. [Hrsg.]: Povos indígenas no Brasil: 1996–2000. São Paulo, 197–207.
- BARTRA, A. (2001): Mesoamérica en la hora de los pueblos originarios. Memoria, **150** [www.memoria.com.mx/150/Bartra].
- GALLOIS, D. T. (1993): “Jane Karakuri” – o ouro dos Waiãpi: a experiência de um garimpo indígena. In: MAGALHÃES, A. C. [Hrsg.]: Sociedades indígenas e transformações ambientais. Belém, 25–46. = Universidade e Meio Ambiente, **6**.
- GALLOIS, D. T. (1996): Controle territorial e diversificação do extrativismo na Área Indígena Waiãpi. In: RICARDO, C. A. [Hrsg.]: Povos indígenas no Brasil: 1991–1995. São Paulo, 263–271.
- KASBURG, C., & M. M. GRAMKOW [Hrsg.] (1999): Demarcando terras indígenas: experiências e desafios de um projeto de parceria. Brasília.
- KOWII, A. (2000): La toma de Quito y la revolución de los ponchos. América Latina en movimiento, 15.2.2000 [www.alainet.org/docs/566.html].
- LEÓN, J. T. (2001): Movimientos étnicos y cambios del Estado en América Latina. Foreign Affairs, **2** [www.foreignaffairs-esp.org/Articles/leon.html].
- LIMA, A. C. DE SOUZA (1995): Um olhar sobre a presença das populações nativas na invenção do Brasil. In: SILVA, A. LOPES DA, & L. D. BENZI GRUPIONI: A temática indígena na escola: novos subsídios para professores de 1º e 2º graus. Brasília, 407–419.
- MOURA, R. (1996): Expectativa de vida dos povos indígenas brasileiros. Manaus.
- PASCA, D. (1997): Der Garimpo-Sektor in Amapá und die Konflikte zwischen Garimpeiros und Waiãpi. [unveröff. Bericht im Rahmen der GTZ- Prüfmission „Waiãpi-Pufferzone“] Tübingen/Eschborn.
- PASCA, D. (1998): Nachhaltige Ressourcennutzung versus nachhaltiger Verlust von Ressourcen: Die Rückzugsräume der Indianer in Mato Grosso, Brasilien. In: KOHLHEPP, G., & M. COY [Hrsg.]: Mensch-Umwelt-Beziehungen und nachhaltige Entwicklung in der Dritten Welt. Tübingen, 167–194. = Tübinger Geographische Studien, **119**.
- PASCA, D. (2000): Nutzungskonkurrenz um Raum und Ressourcen: indigene Gesellschaften und Garimpeiros in Brasilien. In: BLOTEVOGEL, H. H., et. al. [Hrsg.]: Lokal vernetzt – weltweit vernetzt. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen des 52. Deutschen Geographentags Hamburg 2.–9.10.1999. Stuttgart, 415–422.
- PSACHAROPOULOS, G., & H. A. PATRINOS [Hrsg.] (1994): Indigenous people and poverty in Latin America. Washington/DC.
- QUEIXALÓS, F., & O. RENAULT-LESCURE [Hrsg.] (2000): As línguas amazônicas hoje. São Paulo.
- RICARDO, C. A. [Hrsg.] (1996): Povos indígenas no Brasil: 1991–1995. São Paulo.
- SOUZA FILHO, C. F. MARÉS DE (1999): O renascer dos povos indígenas para o direito. Curitiba.

Manuskriptannahme: 3. November 2001

DAN PASCA, Universität Tübingen, Geographisches Institut, Hölderlinstraße 12, 72074 Tübingen
E-mail: dan.pasca@uni-tuebingen.de

Anzeige



*Stelzen-
läufer
in Not*

Eine Zukunft für die
Seen der Welt.
Unser Projekt Living
Lakes schützt Trink-
wasser und wertvolle
Lebensräume.

**Helfen Sie mit!
Fordern Sie unsere
Informationen an.**



Global Nature Fund
Güttinger Str. 19
78315 Radolfzell